



# GAHRantiert für Tirol



**Hermann Gahr**  
Abgeordneter zum Nationalrat

---

## Parlament Kompakt | Newsletter Nr. 36 | 29. April 2011

---

Liebe Funktionärinnen und Funktionäre, liebe Freunde!

Nach dem überraschenden, aufgrund seiner gesundheitlichen Verfassung jedoch absolut verständlichen, Rücktritt unseres Bundesparteiobermannes Josef Pröll hat sich der Parteivorstand rasch auf Michael Spindelegger als seinen Nachfolger geeinigt. Damit verbunden gab es einige personelle Veränderungen im ÖVP-Regierungsteam. Aus Tiroler Sicht ist es erfreulich, dass Karl-Heinz Töchterle aus Telfes im Stubaital nun dem Wissenschaftsministerium vorstehen wird. Die beiden Wiener, JVP-Obmann Sebastian Kurz und Wolfgang Waldner, werden als Staatssekretäre ins Innen- beziehungsweise ins Außenministerium einziehen und die Niederösterreicherin Johanna Mikl-Leitner folgt als Innenministerin

Maria Fekter nach, die anstatt Josef Pröll das Finanzministerium übernimmt. An dieser Stelle darf ich dem neuen Team alles Gute und viel Erfolg für ihre Arbeit sowie Weitsicht in ihren Entscheidungen wünschen. Karl-Heinz Töchterle wird angesichts seiner jahrelangen



Erfahrung im universitären Bereich mit Verstand und Ausdauer seiner Arbeit nachgehen. Ich wünsche dem neuen Wissenschaftsminister für seine Tätigkeit alles Gute und viel Erfolg.

### **Mehr Effizienz durch neues Fremdenrecht**

Die Eckpunkte der Novelle betreffen drei wesentliche Punkte:

1. Anwesenheits- und Mitwirkungspflicht: Asylwerber müssen in den ersten sieben Tagen in der Erstaufnahmestelle durchgehend anwesend sein und an einem möglichst raschen Abklären ihres Status mitwirken. Damit können Asylverfahren massiv beschleunigt werden und ein mögliches Untertauchen in die Illegalität wird verhindert.

2. Rot-Weiß-Rot-Karte: Statt dem bisherigen Quotensystem entscheidet künftig das Erreichen einer bestimmten Punktezahl, ob Fremde nach Österreich zuwandern und bei uns tätig werden können. Ein kriteriengeleitetes Zuwanderungssystem ermöglicht künftig qualifizierten und einwanderungswilligen Personen auf Basis klarer und transparenter Kriterien den Zugang zum Arbeitsmarkt sowie Unterstützung bei der Integration. Kriterien dafür sind beispielsweise Alter, Sprachkenntnis und Berufserfahrung.

Für die RWR-Karte gibt es dabei unterschiedliche Kategorien: Besonders Hochqualifizierte, Fachkräfte in Mangelberufen, Selbständige und sonstige Schlüsselkräfte sowie ausländische Studienabsolventen. Für den Fall der Familienzusammenführung gilt "Deutsch vor Zuwanderung".

3. Umsetzung der Rückführungs-Richtlinie im Fremdenpolizeigesetz: Dabei wird eine Frist für die freiwillige Ausreise eingeräumt. Außerdem wird für Asylwerber eine kostenlose Rechtsberatung und Rechtsvertretung eingeführt. Für Schubhaft gilt: Kinder bleiben grundsätzlich bei ihren Eltern – bei möglichst kurzer Schubhaftdauer und in familiengerechten Unterkünften.

### **Verbrechensbekämpfung durch Vorratsdatenspeicherung**

Moderne, den Zeiten angepasste Ermittlungsmethoden sind im Kampf gegen die Kriminalität das Gebot der Stunde. Dabei müssen wir anerkennen, dass auch das Internet bei einer entsprechenden Verdachtslage kein rechtsfreier Raum sein darf. Mit der Umsetzung der europäischen Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung wird der Justiz und Polizei ein wichtiges Instrument gegen Kriminalität in die Hand gegeben, um schwere Straftaten wie etwa Kinderpornographie oder alle Formen von Internet- und Wirtschaftskriminalität effizient und effektiv verfolgen zu können.

In intensiven Bemühungen und nach mehr als einem Jahr Diskussion wurde nun ein tauglicher Kompromiss gefunden, mit dem zahlreiche Bedenken ausgeräumt werden konnten.

Die Regelung dieses sensiblen Bereiches ist ausgewogen und stellt ein sehr hohes Rechtsschutzniveau sicher. In der Regel bedarf die Verwertung von Vorratsdaten über stattgefundenen Kommunikationen einer durch das Gericht genehmigten Anordnung der Staatsanwaltschaft. Darüber hinaus wird dem Rechtsschutzbeauftragten die Kontrolle der Anordnungen und Bewilligungen sowie der Durchführung von Auskünften über Vorratsdaten übertragen.

### **Mehr Sicherheit im Straßenverkehr**

Laut Statistik Austria gab es im Jahr 2009 5.417 im Straßenverkehr Verletzte und 39 getötete Radfahrer. Für mehr Sicherheit wird die Helmpflicht für Kinder bis zum vollendeten 12. Lebensjahr sorgen, die bereits am 31. Mai 2011 in Kraft treten wird. Mit dieser Regelung soll das Bewusstsein für die Bedeutung der Helmpflicht für den Schutz der Kinder erhöht und mehr Verkehrssicherheit geschaffen werden.

Zudem wird die Möglichkeit einer zweiten Haltelinie für einspurige Fahrzeuge geschaffen, damit Fahrräder und Motorräder zu der weiter vorne liegenden Haltelinie vorfahren dürfen, was ein gefahrloses Anfahren ermöglicht. Wir erwarten uns dadurch einen Sicherheitsgewinn, vor allem in Hinblick auf den gerade beim Anfahren oftmals gefahrvollen "toten Winkel" bei Auto oder LKW-Fahrern.

Erfreuliches gibt es in diesem Zusammenhang für die Gemeinden zu berichten: im Zuge des Begutachtungsverfahrens zu dieser Novelle hat SPÖ-Ministerin Doris Bures nämlich vorgeschlagen, die Benützung der Straßen nur mehr dann zu genehmigen, wenn sie dem

"vordringlichen Bedürfnis der Straßenbenützer" dienen. Das wäre das Aus für Straßen- und Dorffeste, Flohmärkte, Umzüge und Geschäftseröffnungen gewesen. In der parlamentarischen Debatte konnten wir diesen Bures-Vorschlag aus der Gesetzes-Novelle heraus verhandeln. Dorffeste und andere Veranstaltungen können somit wie bisher abgehalten werden!

**Gahr: Nationalrat beschließt Qualitätsschub für Schulen  
Schulaufsichtsgesetz gibt klare Ziele für die Zukunft vor**

**"Mehr Qualität und Verantwortung bringt das neue Bundes-Schulaufsichtsgesetz für unsere Schulen. Bundesweit wird ein durchgängiges und umfassendes Qualitätsmanagement eingeführt. Ein nationaler Qualitätsrahmen ist die Grundlage, um die Qualität des Schulsystems zu verbessern. Die Schulaufsicht wird dazu auf Landes- und Bundesebene neu positioniert. Sie wird die Schulleitung strategisch beraten und auf rechtskonformes Handeln achten. Weiters ist die Schulaufsicht Anlaufstelle und Mediator für Konflikte, und im Bedarfsfall kann sie auch eine externe Evaluation veranlassen", informiert ÖVP-Abg. Hermann Gahr, Mitglied im Unterrichtsausschuss, über den Beschluss des Nationalrates heute, Freitag.**

**Zukünftig sei es wichtig, alle befassten Stellen in die Qualitätssicherung einzubinden. Lehrer, Elternvertreter, Schüler, Personalvertreter und die Schulleitung seien eingeladen und aufgefordert, das Projekt Qualitätsmanagement zu gestalten. Entscheidend werde sein, dass man Schwächen im System abbaut und aufbauend auf gemeinsame Zielvorgaben die Bildungsqualität steigert. Die Effizienzsteigerung solle nicht mehr kosten als bisher, jedoch mehr bringen.**

**"Mit dem neuen Schulpaket, das mit 1. September 2012 in Kraft tritt, wird es einen Qualitätsschub geben. Dies nützt vor allem unseren Schülerinnen und Schülern", freut sich Gahr abschließend.**

Es grüßt Euch aus Wien,

